

EU-Bericht: Menschenrechtsverletzungen an Grenzen bleiben oft unbestraft

EU-Bericht: Menschenrechtsverletzungen an Außengrenzen bleiben oft ungestraft; FRA fordert mehr Transparenz und Ermittlungen.

Die Thematik der Menschenrechtsschutzanstrengungen an den EU-Außengrenzen ist aktueller denn je. Ein Bericht der Grundrechteagentur der Europäischen Union (FRA) in Wien hat alarmierende Missstände aufgezeigt, die sowohl die Haltung von Grenzbeamten als auch die Reaktion der EU-Staaten auf Menschenrechtsverletzungen betreffen.

Der Eindruck von Straflosigkeit an den Grenzen

Immer wieder hört man von Berichten über Gewalt und Misshandlungen durch Grenzbeamte, die sich gegen Migranten und Flüchtlinge richten. Der FRA-Bericht suggeriert ein alarmierendes Gefühl der Straflosigkeit unter diesen Beamten. Diese Situation ereignet sich an mehreren EU-Außengrenzen, einschließlich der Stellen im Ärmelkanal und im Mittelmeer sowie an den Grenzen im Osten, am Balkan und im Ägäischen Meer. Die Tatsache, dass solche Vorfälle von verschiedenen Organisationen, darunter die Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen, dokumentiert werden, wirft Fragen zur Verantwortlichkeit auf.

Wenig Konsequenzen trotz zahlreicher

Vorwürfe

Zwischen 2020 und 2023 wurden der FRA 118 diszipliniäre Ermittlungen gegen Grenzbeamte in 16 Ländern bekannt, was auf ein großes Dunkelfeld von Vorwürfen hinweist. Doch nur in acht dieser Fälle kam es zu tatsächlichen strafrechtlichen Konsequenzen, was die Leistungen der Justiz und der Behördendisziplinarverfahren stark in Frage stellt. Besonders auffällig ist, dass Griechenland, wo die meisten Vorwürfe verzeichnet wurden, keine Beamten zur Rechenschaft zog.

Der Ruf nach transparenteren Ermittlungsverfahren

Die FRA fordert EU-Staaten auf, Rechtsverstöße offenzulegen und ein transparenteres System zur Untersuchung von Vorwürfen zu schaffen. Ein zentraler Aspekt dieser Forderung ist die Einbeziehung von Betroffenen in die Ermittlungen, um den Opfern Gehör zu verschaffen und ihnen eine Stimme zu geben. Dies könnte entscheidend sein, um das Vertrauen in die Institutionen wiederherzustellen und eine unabhängige Überprüfung der Vorfälle zu ermöglichen.

Kritik an der Rolle der EU-Grenzschutzagentur Frontex

Außerdem wies der Bericht auf die Vielzahl der Beschwerden hin, die gegen die EU-Grenzschutzagentur Frontex gerichtet sind. Diese Beschwerden betreffen häufig Vorwürfe von Pushbacks, also der unrechtmäßigen Zurückweisung von Schutzsuchenden. Es liegt auf der Hand, dass ein System, das Menschenrechtsverletzungen nicht konsequent ahndet, das Vertrauen und den Respekt in der Gesellschaft ernsthaft untergräbt.

Der Weg zu einem effektiveren

Rechtsschutz

Das Thema der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen bleibt eine kritische Herausforderung für die europäische Gemeinschaft. Der Zugang zu Handydaten und GPS-Informationen von Grenzbeamten, wie von der FRA gefordert, könnte möglicherweise helfen, die Vorwürfe besser zu evaluieren und notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Für die Betroffenen ist es entscheidend, zu wissen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und dass es tatsächlich Möglichkeiten gibt, gegen Missbrauch vorzugehen.

Insgesamt verdeutlicht dieser Bericht, dass ein wesentlicher Wandel gefordert ist, um die Menschenrechte an den Außengrenzen der EU zu schützen und das Gefühl von Straflosigkeit in diesem sensiblen Bereich abzubauen. Die Frage bleibt, ob die politischen Entscheidungsträger bereit sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de